

Jerzy Wojciechowski

Meine Damen und Herren !

Noch einmal werden wir über das Thema der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland tagen, und als Ausgangspunkt soll uns die Problematik der Umsetzung der Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte und Geographie der Gemeinsamen Schulbuchkommission Volksrepublik Polen und Bundesrepublik Deutschland dienen. An dieser Stelle möchte ich der Friedrich-Ebert-Stiftung meinen aufrichtigen Dank dafür aussprechen, daß sie diese Thematik in den Mittelpunkt der Konferenz gestellt und dazu die polnische Delegation zur Teilnahme eingeladen hat.

Wir meinen, daß wir mit dieser Konferenz das Ziel verfolgen sollten, noch einmal Überlegungen anzustellen, was getan werden könnte, damit die Schulbuchempfehlungen den ihnen gebührenden Platz in der Schulpraxis einnehmen können, damit die langjährigen Mühen der hervorragenden Wissenschaftler unserer Länder nicht umsonst waren, damit eine der wichtigsten Säulen des Normalisierungsprozesses zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland nicht geschwächt wird.

In den Gesprächen, in den Diskussionen über die Schulbuchempfehlungen haben uns unsere Partner in der Bundesrepublik Deutschland mehrmals um Geduld gebeten, um Verständnis für die komplizierte politisch-administrative Struktur des Schulwesens und für die damit verbundenen Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Schulbuchempfehlungen. Ich glaube, wir haben diese Geduld und dieses Verständnis aufgebracht. Wir glauben aber auch, daß wir einen Anspruch auf Verständnis haben, wenn wir darin die Gründe für die Problematik der Umsetzung der Schulbuchempfehlungen in der Bundesrepublik Deutschland sehen, die uns in der Sache immer wieder und bei jeder Gelegenheit zurückwerfen.

Es wird Ihnen bekannt sein, daß Polen die Arbeit der Schulbuchkommis-

sion mit ihren bisherigen Konferenzen, die zur Festlegung der Empfehlungen geführt haben, die Empfehlungen selbst wie auch die seit einigen Jahren durchgeführten wissenschaftlichen Tagungen, die sich mit den einzelnen Empfehlungen befaßt haben, als ein wesentliches Element des Normalisierungsprozesses zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland sieht. Diese Tatsache hat ihren Niederschlag nicht nur in den Reden führender Persönlichkeiten aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben unserer Länder gefunden, sondern sie wurde auch zum festen Bestandteil der bilateralen Vereinbarungen, wie zum Beispiel des Abkommens über die kulturelle Zusammenarbeit.

Dies soll gewissermaßen die politische Dimension der Schulbuchempfehlungen sein - dies beabsichtigen ohne Zweifel auch diejenigen Stimmen, die von Anfang an die ausgewogenen, kompromißvollen Formulierungen mit unversöhnlicher Verbissenheit bekämpfen. Es ist nicht unsere Absicht, jetzt diesen Stimmen mehr Aufmerksamkeit zu schenken, obwohl wir sie nicht unterbewerten, denn ab und zu können wir feststellen, daß ausgerechnet mit diesen Stimmen sich große, wichtige politische Gruppierungen identifizieren. Wir aber vertreten die Meinung, daß es keine andere Alternative für die Empfehlungen gibt als eine bewußte Umsetzung in die Schulpraxis.

Ich möchte aber noch an eine andere Dimension der Empfehlungen erinnern, an jene Dimension, die mir, der seit langer Zeit mit dem polnischen Bildungssystem eng verbunden ist, besonders am Herzen liegt: Ich denke hier an die Bedeutung der Empfehlungen für den gesamten Erziehungsprozeß der jungen Generation unserer Staaten, für die Erziehung im Geiste der gegenseitigen Achtung und Verständigung.

Ich möchte hier keine für uns selbstverständlichen Wahrheiten über die Bildungs- und Erziehungsfunktionen der Schule wiederholen, wohl aber sagen, daß besonders die Schule in einem für die Entwicklung des Individuums entscheidenden Zeitpunkt ein Pensum an Kenntnissen vermittelt, Informationen, die die spätere Meinungs- und Verhaltensbildung gestalten, daß gerade der Geschichts- und Geographieunterricht, die Staatsbürgerkunde, die meisten Informationen über die

anderen Länder und Völker, über andere politische Systeme gibt. Also gerade die Schule trägt eine besondere Verantwortung für die Gestaltung des Charakters und der geistigen Haltung. Ich rede darüber, weil ich mich des Eindrucks nicht erwehren kann, daß diese Aspekte bei vielen Gesprächen über die Schulbuchthematik nicht berücksichtigt werden; und die kritischen Stimmen bringen die ganze Problematik an den Rand der Unterstellung, wenn sie von Vergiftung der Wahrheit orakeln.

Die Empfehlungen der gemeinsamen Schulbuchkommission sehen wir in Polen im engen Zusammenhang mit einer breiten Erziehungspolitik, die den Ideen des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit dient. Im Bezug auf die deutsch-polnischen Beziehungen bilden sie einen Ausschnitt dieser Politik; zugleich sind einige von ihnen eine Summe der gezielten Konzeptionen zur bewußten historischen Erziehung, wie zum Beispiel die Empfehlung 20, in der es wörtlich heißt: "Es ist zu begrüßen, daß in polnischen Schulbüchern zwischen Deutschen und 'Hitlerfaschisten' unterschieden wird." Ein anderes Beispiel für diese erzieherische Konzeption mögen jene an den Häuserwänden angebrachten Gedenktafeln darstellen, die an die öffentlichen Hinrichtungen polnischer Patrioten in den Jahren 1939 bis 1945 erinnern. Es steht dort geschrieben, wie viele Polen - Frauen, Männer und Kinder - erschossen, ermordet worden sind, aber nirgends sind die Worte "von den Deutschen" zu finden, sondern es heißt "von den Hitlerfaschisten" - und das ist keine Wortkosmetik, kein Retuschieren der Geschichte, sondern Ausdruck einer konkreten Erziehungspolitik, nicht im Haß zu erziehen, keine Stereotypen und nationalen Vorurteile zu verbreiten.

Aus diesen und auch aus anderen Gründen haben die polnischen Bildungsbehörden die Schulbuchempfehlungen sofort in die Schulpraxis eingeführt. Von Anfang an hat man politische und gesellschaftliche Prioritäten gesetzt, den Geschichts- und den Geographieunterricht inhaltlich und gedanklich den Schulbuchempfehlungen anzupassen. Alle Schulbücher wurden entsprechend umredigiert, mit Ausnahme eines Lehrbuches, das wegen des komplizierten Autorenrechtes - der Verfasser ist inzwischen gestorben - zunächst nicht geändert werden konnte. Die Korrekturen wurden nach und nach vorgenommen. Das hatte mit dem Rhythmus

bei den Druckarbeiten zu tun. Einige Schulbücher wurden auch durch andere ersetzt. Doch sagen wir auch dies noch einmal ganz klar und deutlich: Obwohl das Bildungssystem in Polen zentralisiert ist und es nur einen Schulbuchverlag gibt, hat hier niemand das Recht, dem Schulbuchautor gegen seinen Willen eine Korrektur aufzuzwingen. Ganz ausgeschlossen wäre dies in bezug auf deutsch-polnische Inhalte, wenn es in der Absicht geschähe, gewisse Darstellungen zu mildern. Die Entscheidung, Korrekturen in den Büchern vorzunehmen, war eine Geste, natürlich eine Geste von unterschiedlichem Ausmaß, die aber auf Verständnis für die Idee der Arbeit der gemeinsamen Schulbuchkommission schließen läßt. Wie bekannt, hat es auch kritische Stimmen gegeben, doch der gute Wille hat gesiegt.

Die Problematik der Schulbuchempfehlungen wurde auch zum Unterrichtsgegenstand in verschiedenen Einrichtungen der Lehrerfortbildung. Man hat auch eine Reihe von Konferenzen für Fachberater als Multiplikatoren dieser Idee veranstaltet.

In Polen wird zur Zeit eine Reform der Lehrpläne für die Schulen durchgeführt. Diese Reform betrifft natürlich auch den Geschichtsunterricht. Im Zusammenhang damit wächst bei den Schulbuchautoren und Geschichtslehrern das Interesse für das Problem der Umsetzung der Schulbuchempfehlungen in die Schulpraxis der Bundesrepublik Deutschland. Es mehren sich Fragen, Druck wird ausgeübt, wenn es darum geht, den Umsetzungsprozeß bei unserem Partner im wohlverstandenen Interesse beider Seiten zu beschleunigen. Es wurde aber auch betont, daß der Zustand, mit dem wir es jetzt zu tun haben, nicht dazu führen dürfe, die Möglichkeiten und die Bereitschaft, die Empfehlungen in Polen einzuführen, einzuschränken. Ich möchte ganz entschieden betonen, daß niemand sich der Illusion hingeben sollte, die gegenwärtige Entwicklung in Polen könne dazu führen, daß die Polen dieses Problem vergäßen, daß die Frage ins Abseits geriete oder man bereit wäre, sie nicht mehr als ein wesentliches Element der Zukunft des Normalisierungsprozesses und unserer Beziehungen zu betrachten. Es gibt keine Kräfte, die dies tun möchten, und es wird auch keine solchen Kräfte geben.

Abschließend möchte ich sagen, daß man in Polen ein Klima geschaffen

hat, einen Zustand des öffentlichen Einverständnisses mit der vollständigen Umsetzung der Schulbuchempfehlungen in die Schulpraxis. Diese Empfehlungen stellen eine Ergänzung unserer Erziehungspolitik dar.

Um so größer ist die Aufmerksamkeit, und um so stärker wächst die Unruhe, wenn wir den Umsetzungsprozeß in der Bundesrepublik Deutschland verfolgen. Ich möchte Ihnen versichern, daß wir in der Lage sind, diese Problematik objektiv zu beobachten, gerade wenn es um die konkreten Maßnahmen zur Einführung der Empfehlungen in die Schulpraxis geht. Wir kennen bereits alle Argumente, die die Verzögerung dieser Umsetzung begründen, und haben darüber inzwischen eine eigene, klare Meinung. Wir nehmen auch alle Aktivitäten wahr, die den guten Willen und die aufrichtigen Absichten beweisen. Mit Optimismus erfüllt uns in diesem Zusammenhang das Engagement vieler Lehrer für die Sache der Bekanntmachung und Umsetzung der Empfehlungen. Wir sind aber der Meinung, daß dies alles leider keinen Ersatz für mangelnde offizielle Maßnahmen der höchsten Bildungsgremien der Bundesrepublik Deutschland darstellen kann. Wir sind besorgt darüber, daß eben diese Gremien Strukturen schaffen, die die Prinzipien der Normalisierung der Beziehungen zwischen unseren Staaten kraß verletzen. Einen schlagenden Beweis dafür liefert der Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 12. Februar 1981 über die Grundsätze der Darstellung Deutschlands in Schulbüchern und Atlanten für den Schulunterricht. Die Reaktion darauf war in Polen einheitlich. In verschiedenen Kreisen gab es eine tiefe Enttäuschung.

Die offizielle Stellungnahme Polens kam in einer Demarche und in der Rede des Außenministers im Parlament zum Ausdruck. Die Ausführungen des Außenministers stellten die Antwort auf eine Anfrage dar. Der sachlichen Einschätzung dieses Beschlusses habe ich nichts hinzuzufügen und möchte hier nur in vollem Umfang das betonen, was die polnische Seite dazu schon früher geäußert hatte: Der Beschluß der Kultusministerkonferenz muß früher oder später für ungültig erklärt werden. Er ist eine Maßnahme, die nicht nur gegen das Interesse Polens, sondern auch gegen das der Bürger der Bundesrepublik gerichtet ist.

Der Inhalt des Vertrages über die Grundlagen der Normalisierung der

gegenseitigen Beziehungen präzisiert die Frage der westlichen Staatsgrenze der Volksrepublik Polen. In der Präambel heißt es, "daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität ... eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind".

Die Entscheidung der Kultusministerkonferenz bedeutet aber für Polen, daß der westdeutsche Staat ungeachtet dieses Vertrages an der Theorie von der Vorläufigkeit der Oder-Neiße-Grenze festhält. Nicht viel weiter bringen uns hier die Argumente, daß die Zahl der "Perlenketten" etwas abgenommen habe, daß dieser Beschluß - verglichen mit den früheren Darstellungen der Grenzen - einen gewissen, für manche gar einen wesentlichen Fortschritt darstelle. Von polnischer Seite ist für diese Haltung kein Verständnis zu erwarten. Mit anderen Worten: Polen fürchtet keine Änderung seiner Grenzen; die Entscheidung der Kultusministerkonferenz hat darauf keinen Einfluß. Es ergibt sich aber die Frage, ob angesichts eines so starken Widerstandes gegen die Anerkennung der Realitäten im Nachkriegseuropa und angesichts eines so sorgfältigen Kultivierens der Mythen einer für uns alle tragischen Vergangenheit überhaupt noch die Rede von einer wirklichen Verständigung sein kann. Welche Bedeutung hat die Tatsache, daß die Anzahl der Karten, die die Vorläufigkeit der polnischen Grenzen markieren, erheblich kleiner geworden ist, wenn doch allein die Existenz solcher Karten für Polen eine Herausforderung darstellt?

Wir hören zwar oft, daß niemand an die Möglichkeit glaube, diese Grenzen zu verändern, und auch niemand die Absicht habe, sie zu verletzen. Wenn wir aber aus der Geschichte etwas lernen wollen, dann vielleicht auch das, daß verbale Versicherungen eines Tages plötzlich keine Bedeutung mehr haben. Unsere Verantwortung den kommenden Generationen gegenüber ist zu groß, als daß wir den Worten Glauben schenken könnten, die von Tatsachen widerlegt werden. Eine solche Haltung ist natürlich das Ergebnis historischer Erfahrungen, die noch allzu frisch sind, als daß man sie aus dem polnischen Nationalbewußtsein tilgen könnte. Ein Element dieser Erfahrung ist der mangelnde Glaube an die Garantien der Bundesrepublik, daß sie es verhüten könnte, daß der Beschluß der Kultusministerkonferenz in der Zukunft mißbraucht werden sollte. Wir schätzen den Idealismus der Menschen, die auch

dann versuchen, vorwärts zu gehen, wenn große Schritte nicht durchsetzbar sind. Wir werden aber entschieden gegen ein politisches Klima protestieren, das die Grundlagen des Normalisierungsprozesses in Frage stellt.

Wir wissen, daß es in der Bundesrepublik Deutschland viele Menschen guten Willens gibt und daß es auch nicht an politischen Kräften mangelt, die die Wichtigkeit dieser Frage richtig verstehen. Aus diesem Grunde geben wir unsere Hoffnung auf Fortschritte und eine wahre Verständigung nicht auf. Die letzte Zeit, die einen Regreß in der Frage der Schulbuchempfehlungen gebracht hat, führt in die Aussichtslosigkeit. Wir müssen dies noch einmal betonen und entsprechende Schlußfolgerungen aus dieser Feststellung ziehen. Unsererseits schlagen wir vor, zu dem Weg zurückzukehren, der das Fundament der Schulbuchempfehlungen darstellte und der auch zu den für beide Seiten verbindlichen politischen Erklärungen auf höchster Ebene führte, der schließlich seinen Niederschlag in den internationalen Abkommen fand. Es geht also um die Rückkehr zu den politischen Szenen, die in dem Vertrag vom 7. Dezember 1970 markiert waren.

Wir möchten also unsere Einladung zu einem ehrlichen Dialog wiederholen und meinen, daß der seit längerer Zeit vorgeschlagene Besuch der Leitung der Kultusministerkonferenz in Polen dieser Sache recht dienlich sein könnte. Wir sind bereit zu Gesprächen, um ein Programm von Maßnahmen beider Seiten auszuarbeiten, deren Ziel es sein sollte, die Schulbuchempfehlungen vollständig in die Schulpraxis umzusetzen.